



bereits 7 Milliarden Euro gekostet. Ein Aufwand, der im Niger oder in Namibia schlichtweg finanziell nicht zu stemmen wäre. Kosten, die sich niemals angemessen im Uranpreis niederschlagen, sondern auf die Gesellschaften der Uranförderländer abgewälzt werden.

### Sozialisierung der Kosten im Normalbetrieb

Nirgends werden die hohen Kosten für die Allgemeinheit momentan deutlicher als beim britischen AKW-Neubau Hinkley Point. Die EU-Kommission geht aktuell von Gesamtausgaben von

gen zu schützen und den Widerstand gegen sie zu bekämpfen. Mit 33,5 Millionen Euro schlug alleine der Schutz des Castortransportes 2010 zu Buche. Aktuell lässt sich das Ausmaß einer solchen Infrastruktur eindrucksvoll anhand der Militarisierung der Region Bure zur Durchsetzung des dortigen Endlagerprojektes beobachten.

### Sozialisierung im Falle des GAU

Am 26. März 1971 nahm der Block 1 des AKW Fukushima seinen kommerziellen Betrieb auf, und es fehlten nur wenige Tage bis zum 40. Jubiläum, als die Anla-

doch nicht in der Verantwortung der NGOs, Lösungen für die Entsorgung des Atommülls anzubieten, sondern in der Verantwortung der Atomindustrie und der Politiker\*innen, die Entscheidungen zur Nutzung der Atomenergie getroffen oder Gewinne daraus erzielt haben.

NGOs sind nicht dafür verantwortlich, Lösungen für das Atommüllproblem zu liefern, weil sie es nicht verursacht haben, sondern sich gegen die Nutzung der Atomenergie ausgesprochen und die Problematik der Endlagerung betont hatten. Ganz im Gegenteil besteht ihre gesellschaftliche Funktion darin, auf Probleme hinzuweisen, die von der Politik angegangen werden müssen. Schon in der frühen Phase des Atomzeitalters hatte es Warnungen vor dem ungelösten Problem der radioaktiven Überreste gegeben! Gemäß der Forscherin Christiane Frantz ist es Aufgabe der NGOs, Themen und Probleme anzusprechen, für die Lösungen gefunden werden müssen<sup>2</sup>. Weiter wird ihnen "die Aufgabe zugeschrieben, dysfunktionales staatliches Handeln oder Versäumnisse transparent zu machen. In diesem Fall stehen die NGOs anfänglich in Opposition zu staatlichen Akteuren, die sie kritisieren und Reaktionen auf Regelungsdefizite anmahnen"<sup>3</sup>.

Tatsächlich ist die Atomindustrie für die radioaktive Hinterlassenschaft verantwortlich, denn sie erhielt vom Staat Subventionen in Milliardenhöhe und erntete Gewinne aus der Stromerzeugung auf der Basis von Atomenergie. Allein in Deutschland erhielt die Atomindustrie zwischen 1970 und 2012 Subventionen in Höhe von insgesamt 213,2 Milliarden Euro<sup>4</sup>. Die tatsächlichen Zahlen über die Gewinne der Atomfirmen sind schwer zugänglich, aber auf der Grundlage einer Studie im Zusammenhang mit der Laufzeitverlängerung der Reaktoren in Deutschland im Jahr 2010 ist es möglich,<sup>5</sup> die durchschnittlichen jährlichen Gewinne nach Steuern auf rund 205 Millionen Euro pro Reaktor zu schätzen<sup>6</sup>.

Der Einstieg in die Nutzung der Atomenergie war eine strategische Entscheidung der Regierungen und die Betriebsgenehmigungen für die Anla-



Foto: Falk Beyer

Gorleben-Castor 2010: Hochsicherheitsareal Verladekran – Absperrgitter und NATO-Draht sollen den Atommüll vor Protesten schützen.

unglaublichen 43 Milliarden Euro aus. Rentabel für die Betreiberfirmen ist das Kraftwerk nur, weil die britische Regierung ihnen Einspeisevergütungen garantiert, die dreimal so hoch wie der Marktpreis sind.

Hinzu kommen immense Kosten für eine umfangreiche Sicherheitsinfrastruktur wie bereits von Robert Jungk („Der Atomstaat“) eindrucksvoll beschrieben, die der Staat den Betreibern zur Verfügung stellt, um die Atomanla-

ge am 11. März 2011 havarierte. Ohne den Super-GAU hätte die Betreibergesellschaft Tepco (Tokyo Electric Power Company) im Frühjahr 2011 guten Grund zum Feiern gehabt, denn vierzig Jahre produzierte diese Anlage neben Strom und Atommüll vor allem Gewinne für Japans größten Energieerzeuger.

Doch am 11.03.2011 endete abrupt die Zeit der Gewinne. Mit dem Mehrfach-Super-GAU trat ein Schadensereignis ein, das alle jemals realisierten Gewinne

